



## Protokoll

Jugendhilfeausschuss und Sozialausschuss | Sitzung  
**18. Oktober 2023**, 17:05 Uhr bis 18:30 Uhr  
**öffentlich**  
Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal  
Vorsitzender: Bürgermeister Martin Lenz  
Protokollführerin: Carmen Edler

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 41

Abwesende Mitglieder: 9

## Öffentlicher Teil:

**Der Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden im Bürgersaal.

### **TOP 1      Inklusives Wohnen in Karlsruhe** - Vorlage -

**Der Vorsitzende** begrüßt Herrn Budnik (Vorsitzender BMB) und Frau Kulik (Volkswohnung).

**Frau Noll (SJB)** führt in den TOP ein.

**Der Vorsitzende** ruft verschiedene Wortmeldungen der Ausschussmitglieder auf.

**Frau Kulik (Volkswohnung)** gibt an, dass die Zahlen zu den Gesuchen beziehungsweise zu den Interessenten mit ihrem jeweiligen Bedarf nachgeliefert werden können. Zu den Vermietungen gibt es ein Monitoring, das ebenfalls ausgewertet werden kann. Mit dieser Auswertung kann die Volkswohnung weitere Maßnahmen planen.

**Beschluss:** Der Sozialausschuss nimmt das Konzept Inklusives Wohnen zur Kenntnis.

### **TOP 2      Vernetzung im Gemeindepsychiatrischen Verbund stärken und bedarfsgerechte Versorgung weiterentwickeln** - Stellungnahme zum Antrag -



**Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE)** berichtet für die Antragstellerin von der Arbeit im Gemeindepsychiatrischen Verbund (GPV). Die GRÜNE Fraktion wünscht sich neue Ideen seitens der Verwaltung.

**Beschluss:** Der Sozialausschuss nimmt die Stellungnahme zum Antrag zur Kenntnis.

**Ergebnis:** Der Antrag ist erledigt.

**TOP 3: Existenz von Frauenhäusern zur Pflichtaufgabe erklären**  
- Stellungnahme zum Antrag -

**Der Vorsitzende** begrüßt Frau Meister (GB).

**Frau Stadträtin Dr. Dogan (CDU)** dankt für die Antragstellerin für die Stellungnahme sowie für das Engagement des Gleichstellungsbüros. Die Finanzierung der Frauenhäuser ist ein Thema, das immer dringlicher wird. Deshalb plädiert die CDU für ein deutliches Signal aus dem Rathaus, dass die Frauenhäuser als Pflichtaufgabe gesehen werden und damit die Unterstützung durch Bund oder Land gefordert wird. Der Antrag wird nochmals mit in die Fraktion genommen und gegebenenfalls in den Gemeinderat eingebracht.

**Frau Stadträtin Melchien (SPD)** weist daraufhin, dass das Problem nicht die Frauenhausfinanzierung ist, denn diese ist weitestgehend gesichert. Das grundsätzliche Ziel ist, die Umsetzung der Istanbul Konvention als Pflichtaufgabe zu benennen. Dies fordert die SPD und nicht, die Finanzierung der Frauenhäuser als Pflichtaufgabe anzusehen.

**Beschluss:** Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag als erledigt zu betrachten.

**Ergebnis:** Der Antrag ist nicht erledigt, die CDU Fraktion berät das weitere Vorgehen.

**TOP 4 Delegation Rechtsanspruch Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter**  
- Vorlage -

**Der Vorsitzende** begrüßt Frau Wagner (SuS).

**Herr Fulda (SJB)** führt in den TOP ein.

**Frau Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Auf welcher rechtlichen Basis erfolgt die Übertragung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter an das Schul- und Sportamt?

**Herr Fulda (SJB):** Den Rechtsanspruch haben die Kinder beziehungsweise die Familien. Die Umsetzung des Rechtsanspruchs erfolgt durch das Schul- und Sportamt.

**Beschluss:** Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *mehrheitlich mit einer Gegenstimme und keiner Enthaltung* die Delegation der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter von der Sozial- und Jugendbehörde an das Schul- und Sportamt. Die dafür



notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen werden im Rahmen des Projekts SKiBB definiert und dem Schul- und Sportamt zur Verfügung gestellt.

#### **TOP 5      Jugendhilfe-Monitor 2023**

- Vorlage -

**Herr Fulda (SJB)** führt in den TOP ein.

**Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE):** Das Monitoring lenkt den Blick auch auf die „Nebentätigkeiten“, wie zum Beispiel die Bereitschaftspflege. Eine Anregung wäre eine Sitzung des Arbeitsausschusses Jugendhilfeausschuss zu den vermeintlichen Nebenthemen, bei denen die Stadtpolitik wenig Einblick hat. Mit wenig Einblick in die Problemfelder ist es schwer, Lösungen für diese zu finden.

Der Jugendhilfe-Monitor könnte ein Anfang sein, um den bereits vorliegenden Gemeinderatsbeschluss zur Open Data Kultur umzusetzen.

**Der Vorsitzende** dankt für die Idee.

**Herr Nees (SJB)** nimmt Stellung zum Thema Kindeswohlgefährdung und zum Austausch mit anderen Kommunen.

**Beschluss:** Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Jugendhilfe-Monitor 2023 zur Kenntnis.

#### **TOP 6:      Umwidmung eines Projektes aus der Kita-Bedarfsplanung**

- Vorlage -

**Frau König (SJB)** führt in den TOP ein.

**Frau Stadträtin Fahringer (GRÜNE):** Bestimmte Planungsgebiete sind durch den Wegfall der 12 Gruppen stärker betroffen als andere, trotz Umwidmung. Die GRÜNE Fraktion bittet um Betrachtung der Planungsgebiete und dass diese in den künftigen Vorlagen aufgenommen werden, damit eine stadtweite Zuordnung erfolgen kann. Wann werden die Planungsgebiete und die Bedarfsanalyse (Elternumfrage 2012) gemäß bereits vorliegendem Beschluss aktualisiert?

**Frau König (SJB):** Die Stadtverwaltung hat den Blick auf die Planungsgebiete und die Quoten, jedoch müssen diese auch immer wieder neu betrachtet werden. Die Verwaltung schafft alle Plätze, die von den Trägern angeboten werden.

**Frau Langeneckert (SJB):** Die Verwaltung wird mitteilen, wann wieder berichtet beziehungsweise, wann die neue umfangreiche Betrachtung erfolgen wird.

**Beschluss:** Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, die Umwidmung zur Kenntnis zu nehmen.



**TOP 7: Städtische Investitionen gegen Fachkräftemangel: Evaluation der Einrichtung von PiA-Plätzen**  
- Stellungnahme zum Antrag -

**Frau Stadträtin Melchien (SPD)** führt als Antragstellerin in den TOP ein.

**Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Wir brauchen mehr PiA's, und deshalb sieht die GRÜNE Fraktion die vorgesehene Budget-Kürzung als kritisch an.

**Herr Stadtrat Hoyem (FDP)** verlässt die Sitzung.

**Herr Wohlwend (GKK):** PiA ist ein Erfolgsmodell, durch das neue Zielgruppen erschlossen werden. Menschen, die nicht direkt an den Erzieherberuf gedacht haben, werden dadurch für das neue Berufsfeld gewonnen. Wichtig ist, dass die absoluten Zahlen an PiA-Ausbildungen kontinuierlich gestiegen sind. Es ist lediglich die Ausbildungsplatzauslastung der zur Verfügung gestellten Plätze nicht mehr so hoch. Dies ist bei der Haushaltsplanung zu bedenken.

**Beschluss:** Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis.

**Ergebnis:** Der Antrag ist erledigt. Die Verwaltung behält das Thema im Blick.

**TOP 8: Entlastung des pädagogischen Personals in Kitas**  
- Stellungnahme zum Antrag -

**Herr Stadtrat Arslan (Die LINKE.)** führt für die Antragstellerin in den TOP ein.

**Frau König (SJB)** erläutert kurz den aktuellen Sachstand des gesamtstädtischen trägerübergreifenden Prozesses.

**Beschluss:** Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

**Ergebnis:** Der Antrag ist erledigt.

**TOP 9: Jetzt für Karlsruher Kitas: Chancen nutzen und Personal gewinnen**  
- Stellungnahme zum Antrag -

**Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU)** führt für die Antragstellerin in den TOP ein. Die CDU Fraktion ist der Meinung, dass beispielsweise die Förderung von hauswirtschaftlichem Personal in den Kitas in die Richtlinien aufgenommen werden sollte. Der Antrag ist erledigt und muss nicht mehr in den Gemeinderat.

**Herr Jonait (BAfA)** verlässt die Sitzung.

**Der Vorsitzende** begrüßt Herrn Herrn Kölmel, Jobcenter Karlsruhe, und seinen neuen Stellvertreter Herrn Manuel Bauer (JC) im Sozialausschuss.



**Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse hat sich auf Bundesebene geändert. Es werden nun auch die im Ausland erworbenen Kompetenzen geprüft und nicht nur zertifizierte Abschlüsse. Damit ergeben sich bessere Chancen, ausländisch erworbene Kenntnisse/Qualifikationen einzusetzen.

**Beschluss:** Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

**Ergebnis:** Der Antrag ist erledigt.

**Der Vorsitzende** stellt die Nichtöffentlichkeit her.

---

Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Karlsruhe, den 26. Oktober 2023

gesehen und genehmigt:



Martin Lenz  
Bürgermeister



16.10.23



Carmen Edler